



„Autoindustrie im Umbruch“

Warum wir als sozialistische Partei in die Offensive kommen müssen
Von Pia Zimmermann

Pia Zimmermann ist Sprecherin für Pflegepolitik der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag.

In der Automobilindustrie finden sich einige der größten Kapitale Deutschlands. Gerade in Niedersachsen wissen wir, welche enorme Macht und Einfluss dieser Branche auf das politische und gesellschaftliche Leben zugebilligt wird. Vom Erfolg wie von den Krisen des Autogeschäfts ist eine große Anzahl lohnabhängiger Existenzen abhängig gemacht. In Deutschland sind etwa 800.000 Menschen in der Automobilindustrie beschäftigt, die Zahl der indirekt Abhängigen ist deutlich höher. Das Auto hält sich seit Jahren als deutsches Exportprodukt Nummer eins. Deutschland ist Autoland und Niedersachsen eines seiner Zentren.

Grund genug für die LINKE, einen genauen Blick auf diese Industrie zu werfen. Es vergeht seit geraumer Zeit kaum ein Tag, an dem nicht von einem großen „Umbruch“ gesprochen wird, dem sich die gesamte Branche genauso wie bestimmten „Entwicklungen“ oder „Trends“ ausgesetzt sieht. Das unterstreicht nur die Notwendigkeit, als sozialistische Partei hier verstärkt in die Debatte und Auseinandersetzung zu gehen. Denn Digitalisierung und revolutionierte Antriebstechnologie, Umbruch und Trend kommen nicht von ungefähr. Das Kapital selbst setzt mit dieser „Entwicklung“ seine ureigensten Zwecke nach noch profitablerer Produktion von noch mehr Waren in

Gang. Es handelt sich also nicht um einen irgendwie neutralen und vor allem gerecht zu gestaltenden, sondern um einen beinhalten kapitalistischen Fortschritt. Daraus folgt notwendigerweise, dass es für viele, die in diesem Fortschritt als lohnabhängige Manövriermasse benutzt werden, ungemütlich wird.

„Dass sich für die Arbeiterschaft erhebliche Risiken ergeben, wenn das Kapital gewinnträchtige Chancen wittert, ist schon viel zu lange so.“

Vor diesem Hintergrund muss auch die beliebte Rede von den „Chancen und Risiken“ gesehen werden, welche „die Digitalisierung“ mit sich bringe, wie es oft heißt. Denn so futuristisch manche Produktionsweise in der Industrie 4.0. auch erscheinen mag: dass sich für die Arbeiterschaft erhebliche Risiken ergeben, wenn das Kapital gewinnträchtige Chancen wittert, ist schon viel zu lange so.

Nach der Konferenz im Juli zur Frage der Mobilität im ländlichen Raum, die vor allem

den ÖPNV und alternative klimafreundliche Verkehrskonzepte in den Blick nahm, möchte ich gemeinsam mit euch auf einer Konferenz am 5. September nun den Fokus auf die Frage richten, was für ein „Umbruch“ in der Automobilindustrie eigentlich ins Werk gesetzt ist und was das vor allem für die Beschäftigten bedeutet. Ich bin sehr glücklich, mit der Sozialwissenschaftlerin und Branchenexpertin Antje Blöcker sowie mit dem DGB-Gewerkschaftssekretär Peter Schadt zwei Gäste eingeladen zu haben, die gern mit uns in die Debatte gehen. In knapper Form findet ihr deren Positionen in zwei kurzen Statements auf Seite vier der vorliegenden Ausgabe des Roten Hahn. Außerdem bin ich mit Sahra Wagenknecht zum Thema Autoindustrie, Klimawandel und Beschäftigtenpolitik in ein spannendes Gespräch gekommen. Den ersten Teil davon findet ihr exklusiv auf Seite zwei dieser Ausgabe meines Newsletters.

Lasst uns also zusammen diskutieren und eine sozialistische Position zum Thema „Autoindustrie im Umbruch“, das für unsere Landespartei so wichtig ist, noch stärker als bisher in die Öffentlichkeit tragen! Viel Freude und Anregung beim Lesen wünscht euch eure Pia



„Verkehrswende darf nicht für Arbeitsplatzabbau herhalten!“

Die Zukunft der Beschäftigten in der Autoindustrie ist schon viel zu lange vom Verkaufserfolg spritfressender Luxuskarossen abhängig. Ein Gespräch mit Sahra Wagenknecht und Pia Zimmermann

Sahra Wagenknecht & Pia Zimmermann

Die Autoindustrie befinde sich im Umbruch, heißt es. Welche Ziele verfolgen die Autobauer?

Sahra: Die Autokonzerne wollen ein Maximum an staatlicher Unterstützung bei einem Minimum an Vorgaben, was Arbeitsplatzsicherheit, ökologischen Umbau und Grenzwerte zur Luftreinhaltung angeht. Wie der Dieselskandal gezeigt hat, schrecken Autobauer auch vor massenhaftem Betrug nicht zurück, wenn es um ihre Profite geht. Leider erfüllt die Bundesregierung die Wünsche der Automobillobby, ohne dafür zum Beispiel vernünftige Vorgaben zur Produktion von Fahrzeugen zu machen, die wenig Energie verbrauchen bzw. auf alternative Antriebe setzen. Das rächt sich jetzt. Die deutsche Autoindustrie ist nun in einer echten Existenzkrise, da man viel zu lang auf die Produktion und den Export von Spritfressern gesetzt hat.

Was bedeutet das für die Beschäftigten in der Automobil- und Zulieferindustrie?

Sahra: Da die Bundesregierung sich nicht um die Interessen der Arbeitnehmer kümmert und staatliche Unterstützung an die Konzerne nicht an Zusagen knüpft, fürchte ich, dass unnötig viele Arbeitsplätze in der Zuliefer- und Automobilindustrie vernichtet werden. Dabei können die Beschäftigten nichts dafür, dass Politik und Konzerne derart versagt haben. DIE LINKE wird an

ihrer Seite für den Erhalt bzw. einen sinnvollen Umbau von Produktionsstandorten und Arbeitsplätzen kämpfen. Niemand darf durch den nötigen Strukturwandel sozial abstürzen. Wir brauchen massive staatliche Investitionen in Innovationen bei alternativen Antriebstechniken, außerdem eine starke Arbeitslosenversicherung, die Erwerbslosen so lange Unterstützung zahlt und für weitere Qualifizierung sorgt, bis diese einen gleichwertigen Job gefunden haben.

Pia: Die Verkehrswende darf nicht als Grund für einen Arbeitsplatzabbau bei den Automobilkonzernen herhalten. VW streicht ständig Stellen und kündigt massiven weiteren Abbau an. Momentan sollen bis 2023 etwa 7.000 Arbeitsplätze vernichtet werden. Dabei geht es um Kosteneinsparungen. Im Gegensatz zu einem Stellenabbau aus Gewinnmaximierungsgründen werden in Konzepten einer nachhaltigen und sozialen Verkehrswende und der Transformation der Branche Arbeitsplätze in anderen Bereichen geschaffen.

Wie kann eine soziale verkehrspolitische Antwort auf Umweltzerstörung und Klimawandel aussehen?

Sahra: Wir brauchen dringend eine Investitionsoffensive, die die Bahn und den ÖPNV besser und billiger macht, hier ließen sich auch viele neue Arbeitsplätze schaffen.

Schließlich wurden in den letzten zwei Jahrzehnten fast 20 Prozent der Arbeitsplätze im Öffentlichen Nahverkehr abgebaut, obwohl das Fahrgastaufkommen um rund 25 Prozent zugenommen hat. Man sollte auch mehr Güterverkehr auf die Schiene bringen. Der Staat sollte den Autokonzernen Vorgaben für den Spritverbrauch machen und die Forschung zu alternativen Technologien, etwa auf Wasserstoffbasis, stärker fördern. Das Autofahren verteuern, ohne dass man für jene, die auf ihr Auto angewiesen sind, eine Alternative schafft, halte ich für falsch und gefährlich.

Pia: Eine Verkehrswende, in der ÖPNV, die Schiene, das Fahrrad und unsere Füße die Mobilität bestimmen, stellt uns in einem solch großen Flächenland wie Niedersachsen vor besondere Herausforderungen. Dazu braucht es neben Investitionen in Verkehrsinfrastruktur auch Investitionen in jegliche Form der Infrastruktur. Ich verdeutliche das mit einem Beispiel: Schulkinder werden oft mit dem privaten PKW zur Schule gebracht, weil die Schulwege immer länger und auch dadurch gefährlicher werden. Will man also nach dem Grundsatz „Kurze Wege für kurze Beine“ verfahren, sind Investitionen in Schulen in der Fläche unerlässlich. Damit macht man Individualverkehr auf dem Land nicht überflüssig, aber man kann ihn deutlich reduzieren.

Ein weiterer Teil des Gespräches folgt im November.

Online-Veranstaltung

„Autoindustrie im Umbruch“

– Was heißt das für wen?

Zoomkonferenz
Samstag
5. September
11:00 Uhr

Was für ein „Umbruch“ wird in dieser Branche eigentlich betrieben? Welche Ziele verfolgt die Kapitaleseite mit der Digitalisierung? Helfen neue Antriebstechnologien, das Klima zu retten? Und wie kommen die Beschäftigten in der ganzen Sache vor? Das wollen wir mit euch diskutieren!

Mit Dr. Antje Blöcker

Sozialwissenschaftlerin, Branchenexpertin, Mitbegründerin des Gesprächskreises „ZAUM - Zukunft Auto Umwelt Mobilität“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Peter Schadt

DGB-Gewerkschaftssekretär Region Nordwürttemberg, Autor des Buches „Die Digitalisierung der deutschen Autoindustrie: Kooperation und Konkurrenz in einer Schlüsselbranche (2020)“

Heidi Reichinnek

Co-Landesvorsitzende DIE LINKE. Niedersachsen

Mit Vertreter*innen aus den Kreisverbänden der LINKEN an den VW-Standorten aus Braunschweig, Emden, Hannover, Osnabrück, Salzgitter, Wolfsburg und Kassel und vielen anderen.

Veranstaltet von Pia Zimmermann, MdB

Zoom-Meeting beitreten

<https://us02web.zoom.us/j/85604714375>

pia-zimmermann.de



Umbruch ohne Aufbruch!

Die Beschäftigten in der Autoindustrie sind direkt und meist negativ vom dortigen Strukturwandel betroffen, ohne ihn wirklich mitgestalten zu können

Foto: privat

Treiber und Getriebene benennen

»Die Digitalisierung« übernimmt in Zeitungsartikeln, wissenschaftlichen Studien und Hochglanzbroschüren gerne die Funktion eines Scheinsubjekts. Das heißt auf lateinisch Expletivum und ist aus Sätzen bekannt, wo etwas passiert, das niemandem zugeordnet werden kann: »Es« regnet. Hier ist »Es« das Scheinsubjekt. Genau darum handelt es sich auch bei »der Digitalisierung«. So wird das Kapital mit seinem inhärenten Vermehrungstrieb als wirkliches Subjekt der Entwicklung mit der Technik in eins gesetzt. Überhaupt kennt eine solche Schreib- und Sprechweise nicht mehr Treiber und Getriebene der neuesten industriellen Revolution, sondern nur noch Betroffene. Da müssen »wir« alle dann »neu denken« und uns auf »Neues« einstellen. Dass hier einerseits die Konzerne ihre Produktion modernisieren, während ihr variables Kapital der Digitalisierung unterworfen wird, erscheint da fast schon als nebensächlich.

Bereits seit neun Jahren ist das Auto Deutschlands Exportgut Nummer Eins. Mit der ganzen Wucht ihrer Kapitalgröße drängen Daimler und Co. seitdem auf die auswärtigen Märkte. Mit dieser Macht hat die deutsche Industrie die Autowirtschaft Frankreichs, Spaniens und Italien bereits seit den Nuller-Jahren schrumpfen lassen.

Deutschland »Exportweltmeister« – das gilt als der ganze Stolz der Nation. Ausgerechnet dieser Erfolg gibt allerdings seit mindestens zwei Jahren immer mehr Anlass zur Sorge. Einerseits stellt sich die Frage, ob die Erfolge nicht seit einiger Zeit gefährdet sein könnten durch technische Neuerungen wie die »E-Mobilität«. Andererseits wird das sinkende Wachstum des Exports ergänzt um die Einsicht, dass immer weiter steigende Exportüberschüsse auch eine immer weiter wachsende Abhängigkeit der deutschen Industrie vom Weltmarkt bedeuten. Und da die fremden Märkte nicht unter deutscher Hoheit stehen, wird so eine Gefahr ausgemacht.

Peter Schadt ist DGB-Gewerkschaftssekretär Region Nordwürttemberg und Autor des Buches „Die Digitalisierung der deutschen Autoindustrie: Kooperation und Konkurrenz in einer Schlüsselbranche (2020)



Foto: privat

Eine völlig andere Arbeitsorganisation

Es werden die falschen und viel zu viele Autos gebaut. Die Belegschaften haben das nicht zu verantworten, vom Profit haben sie nichts. Sie sind die Verlierer der stets steigenden Produktivität, denn der Strukturwandel der Arbeit hat lange vor Corona eingesetzt, die großen Arbeitsplatzabbau- und v.a. Arbeitsverdichtungsprogramme laufen seit vielen Jahren. Es sind nicht nur die Belegschaften der Endhersteller, sondern eine äußerst ungleiche Beschäftigtenstruktur mit wenigen Hochqualifizierten an einem Ende und sehr vielen Geringverdiener*innen in Just-in-Sequence-Buden, in der Logistik am anderen Ende, die den erhöhten Arbeitsdruck täglich spüren. Dazwischen viele Beschäftigte in mittelständischen Betrieben, - zahlreiche davon von Insolvenz bedroht. Automatisierung und Digitalisierung beschleunigen den Kostendruck und die Arbeitsverdichtung.

Digitalisierung bedeutet oft Mehrarbeit. Die Produktivität steigt ständig, die Löhne bleiben dabei weit zurück. Die Überwachung der Arbeit in allen Bereichen nimmt zu. Der Druck auf die Belegschaften, dass sich alles ändern wird, wird vom Kapital systematisch erhöht und Qualifizierung möglichst in Richtung IT zu einem Muss erklärt. Nur mit mehr Mitbestimmung und mehr Demokratie im Betrieb und Solidarität zwischen den Belegschaften wird sich etwas an den Produkten und den Produktionsabläufen ändern. Dazu gehört ein ökologisches Umsteuern ebenso wie eine radikale Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden in der Woche als Höchstmaß. Aber eine 4-Tage-Woche ändert nichts an der herrschenden Arbeitsorganisation mit krankmachender Schichtarbeit, Mehrarbeit und Stress in Entwicklungsprojekten, zunehmender Entwertung qualifizierter Facharbeit aufgrund digitalisierter Fertigungs-, Verwaltungs-, Versicherungs- und Banktätigkeiten. Notwendig ist eine völlig andere Arbeitsorganisation.

Dr. Antje Blöcker ist Sozialwissenschaftlerin, Branchenexpertin Automobil und Mitbegründerin des Gesprächskreises „ZAUM Zukunft Auto Umwelt Mobilität“ der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Frieden, DIE LINKE und was zu tun ist...

Foto: privat

Der 01. September ist Antikriegstag und auch in diesem Jahr gingen tausende von Menschen bundesweit auf die Straße, um für Frieden und Abrüstung zu demonstrieren. Vor 81 Jahren begann Nazideutschland den 2. Weltkrieg, an dessen Ende 55 Millionen Tote standen. Der Schwur von Buchenwald – Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus – mahnt uns bis heute, gegen das Geschäft mit dem Tod, Auslandseinsätze der Bundeswehr und rechtes Gedankengut auf die Straße zu gehen.

Dieser Schwur trifft leider auf eine traurige Realität. Mit seiner Außen- und Handelspolitik ist Deutschland Mitverursacher für Elend, Vertreibung und dem Massensterben im Mittelmeer. 75 Jahre nach dem Abwurf der Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki weigert sich die Bundesregierung, den Atomwaffensperrvertrag der UN zu unterzeichnen. Als Player der NATO sowie EU befeuert Deutschland eine gefährliche Spirale der weltweiten (nuklearen) Aufrüstung und ist damit Teil vermehrter Kriege. Mit der erheblichen außenpolitischen Bedeutung Deutschlands, wächst auch die Bedeutung der hiesigen Friedensbewegung, damit auch unsere als einzige Friedenspartei. Die Ablehnung der NATO, der Abzug der Bundeswehr aus allen Auslandseinsätzen sowie die Forderung nach Abrüstung und einem Verbot von Waffenexporten sind Gründungskonsens der LINKEN, wie es auch im Erfurter Programm festgehalten ist. Ausgerechnet wenige Tage vor dem Antikriegstag mehrten sich allerdings

prominente Stimmen in unserer Partei, die friedenspolitischen Grundsätze zugunsten einer Regierungsbeteiligung aufzuweichen. Gegenwind kommt durch die Friedensbewegung, aber auch aus der Partei selbst. Direkt am 01. September wurde ein Papier veröffentlicht, mit dem sich die Unterzeichnenden klar zu unseren Friedenspositionen als unverhandelbar bekennen. Unterzeichnet wurde es von einer Großzahl an Vertreter*innen der LINKEN, darunter fast aller westlichen Landesverbände.

Will DIE LINKE auf der Höhe der Zeit diskutieren, darf es nicht um die Frage gehen, ob wir unsere Friedenspositionen aufweichen, sondern wie wir gedenken sie umzusetzen. So beschloss der Bundesausschuss richtigerweise der Friedensfrage oberste Priorität zu geben, denn ohne Frieden und internationale Kooperation ist keine Krise der Welt lösbar – weder Hungersnot, Pandemien oder die Klimakatastrophe. Mit diesen Anliegen wird der Bundesausschuss sich auch an den Bundesparteitag richten. Gemeinsam mit der Friedensbewegung und den vielen weiteren Bewegungen die angesichts der Krisen unserer Zeit so viel Besseres mit den Ressourcen anzufangen wissen, die für Krieg verschwendet werden. Die Welt hat es bitter nötig.

Thorben Peters ist Mitglied im Bundesausschuss und stellv. Landesvorsitzender von DIE LINKE. Niedersachsen

»Rheinmetall Entwaffnen« blockiert erfolgreich Kraus-Maffei Wegmann in Kassel!

Krieg ist nichts, was weit weg in fernen Ländern stattfindet. Krieg beginnt hier! Alle 14 Minuten stirbt ein Mensch durch eine deutsche Waffe. Rheinmetall baute die Panzer, mit denen das Erdogan-Regime in der kurdischen Region Rojava eingefallen ist. In Deutschland sitzen die Produzenten der Mittel für das Kriegselend, in Deutschland können ihre Werke blockiert werden. Das vor zwei Jahren gegründete Bündnis »Rheinmetall Entwaffnen« hat so der Kriegsindustrie den Kampf angesagt:

Bildung und Blockaden

Vergangenes Jahr organisierte »Rheinmetall Entwaffnen« ein einwöchiges Bildungscamp in Unterlüß (Niedersachsen), das mit einer Demo gegen das dortige Rheinmetall-Werk abschloss. Im Jahr davor wurde das Rheinmetall-Werk blockiert. Am 28. August diesen Jahres konnte für mehrere Stunden erfolgreich das Werk von Kraus-Maffei Wegmann in Kassel blockiert werden. Das zeigt: Bildung und Blockaden gehören zusammen.

Im Bündnis arbeiten junge und ältere Menschen aus verschiedenen Gruppen und Initiativen zusammen. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, Antimilitarismus und Friedenspolitik feministisch und ‚von unten‘ zu gestalten. Denn wer gegen patriarchale Unterdrückung und toxische Männlichkeit kämpft, muss auch gegen Krieg kämpfen. Und umgekehrt: Frieden erwächst aus einer solidarischen und sorgenden Haltung, nicht aus einer konkurrenzbasierten patriarchalen Ellbogengesellschaft, die auf den Profit weniger orientiert ist.

Debatten anstoßen

In der friedensbewegten Linken brauchen wir eine Debatte über unsere Strategie. Wollen wir es bei Resolutionen, Aufrufen und Demos belassen? Zu oft haben wir uns nach einem Antragstext zurückgelehnt und waren guten Gewissens – denn wir hatten ja „für Frieden“ gestimmt. Aber es braucht radikalere und entschlossener Mittel, um die Waffenproduktion und ihre Profiteure zu stoppen.

Daphne Weber ist bei RME, in antifaschistischen und feministischen Kontexten aktiv. Sie ist Mitglied im Landesvorstand DIE LINKE. Niedersachsen



Für ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem – Lehren aus der Corona-Krise

Neue Broschüre der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

Foto von Andrea Piacquadio von Pexels

Die Corona-Pandemie hat das deutsche Gesundheits- und Pflegesystem einem erheblichen Stresstest unterworfen. Wie unter einem Brennglas hat die Pandemie die Probleme unseres Gesundheitswesens und im Bereich unserer Altenpflege offenbart. Die Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag hat deshalb mit der Broschüre „Für ein solidarisches Gesundheits- und Pflegesystem“, die Schlussfolgerungen vorgelegt, die aus der Corona-Krise gezogen werden sollten. Im folgenden Auszug wird die Situation in der stationären und ambulanten Langzeitpflege beleuchtet:

In Pflegeheimen wurde die Öffentlichkeit ausgesperrt. Die Besuchsverbote waren eine belastende Maßnahme mit geringer Wirkung, wie die verheerenden Infektionsausbrüche in etlichen Heimen gezeigt haben. Denn es wurde an den nötigen »präventiven« Tests gespart, die bei einer Kontaktbeschränkung äußerst zielführend sind. Pflegenden Angehörigen, die ohnehin kaum einen Teil der dringend notwendigen Entlastung und gebotenen Wertschätzung bekommen, standen vor besonderen Herausforderungen. Tagespflegeeinrichtungen wurden geschlossen. Pflegenden Angehörigen mussten die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf unter erschwerten Bedingungen meistern und gleichzeitig gewährleisten, die Angehörigen mit Pflegebedarf vor einer Infektion zu schützen. Schutzmaterial und Desinfektionsmittel waren außerhalb von Kliniken und stationären Einrichtungen Mangelware und sind bis heute nur schwer zu bekommen.

Fast jeder fünfte Pflegeheimplatz ist in

privater Hand. Der überwiegende Anteil der ambulanten Pflegedienste ist privatwirtschaftlich organisiert. Deren oberste Maxime ist also nicht die Versorgung und Pflege, sondern Gewinn und Rendite. Die negativen Auswirkungen treffen sowohl Beschäftigte als auch Patientinnen und Patienten sowie Menschen mit Pflegebedarf. Vor allem aber sind es auch Angehörige, die unsichtbare Arbeit leisten und Ausfälle unseres Versorgungssystems mit unbezahlter Arbeit kompensieren. [...]

Für eine Solidarische Pflegeversorgung!

- Gute Pflege ermöglichen: Die Sparpolitik der vergangenen Jahre muss beendet werden. Wohnortnahe Pflegeangebote müssen für alle barrierefrei verfügbar sein. Neue Versorgungsformen sind zu entwickeln und zu fördern. Dafür werden öffentliche, steuerfinanzierte Investitionen gebraucht. Bund und Länder haben eine gemeinsame Verantwortung, einschließlich bundes einheitlicher Standards für eine regionale Bedarfsplanung.
- Teilhabeorientierter Pflegebegriff: Teilhabe und ein individueller Versorgungsmix sind der Maßstab für gute Pflege. Das gilt sowohl ambulant als auch stationär. Die unterstützenden Versorgungs- und Beratungsleistungen in diesem Bereich müssen daher deutlich verbessert werden.
- Mehr Entscheidungskompetenzen für Pflegekräfte und eine bedarfsgerechte Personalbemessung: Wir brauchen mehr Pflegefachkräfte, um eine hohe Qualität zu gewährleisten.
- Höhere Leistungssätze müssen gesetzlich

vereinbart werden. Menschen im Pflegegrad 1 sollen Zugang zu allen Pflegeleistungen erhalten.

- Gute Arbeitsbedingungen für alle Pflegebeschäftigten: Eine allgemeinverbindliche tarifliche Bezahlung ist nachhaltige Wertschätzung für Pflegearbeit. Die Bezahlung von Altenpflegekräften muss auf das Niveau der Krankenpflege angehoben werden.
- Sechs-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich als Normalarbeitsverhältnis: Attraktive Arbeitsbedingungen drängen Leiharbeit zurück und gewinnen Pflegekräfte wieder, die den Beruf verlassen haben.
- Steuerfinanzierte Lohnersatzleistung für beschäftigte pflegende Angehörige: Diese brauchen eine steuerfinanzierte Lohnersatzleistung und einen Ausgleich von Rentenverlusten. Pflegenden Angehörigen brauchen mehr Unterstützungs- und Leistungsangebote, unter anderem aufsuchende Beratung.
- Unverzügliche Entlastung von Menschen mit Pflegebedarf: Menschen mit Pflegebedarf müssen durch die Deckelung der Eigenanteile auf niedrigem Niveau und eine Kürzung von Investitionskostenzulagen entlastet werden.
- Eine solidarische Finanzierung der Pflegeversicherung: Die Pflegevollversicherung wird nach einem Stufenplan eingeführt. Die solidarische Finanzierung beginnt mit der Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze und der Überführung der Privaten in die Soziale Pflegeversicherung.
- Förderung von gemeinnützigen und kommunalen Pflegeeinrichtungen: Kurzfristig erfolgt ein Zulassungsverbot von Pflegeeinrichtungen, deren Investoren ihren Steuersitz in offshore-Staaten haben. Der gesetzlich garantierte Risikozuschlag ist für private Einrichtungsbetreiber unverzüglich zu senken. Gemeinnützige und kommunale Neugründungen werden gefördert. Mittelfristig müssen Pflegeeinrichtungen rekommunalisiert und der gesetzliche Risikozuschlag abgeschafft werden.

Der komplette Text als PDF-Broschüre ist hier zu finden:

https://www.linksfraktion.de/fileadmin/user_upload/200729_Solidarisches_Gesundheitssystem_A6.pdf

Oder wendet euch an pia.zimmermann@bundestag.de, wenn ich Euch die Broschüre zuschicken soll.

Impressum

V.i.S.d.P.: Pia Zimmermann
Schillerstraße 18, 38440 Wolfsburg
www.pia-zimmermann.de